Nürnberg,
Dienstag, den 31 Januar 1933.

Erscheint wöchentlich am Dienstag.

Postsendungen an unsere Zeitung sind zu richten an „Der Schuhmacher" Nürnberg, Postamt 4. Abholfach

Nr. 5
47. Jahrgang.

Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher, Sitz Nürnberg
Zugleich Publikationsorgan der Zentralkranken- und Sterbekasse der Schuhmacher, Sitz Hamburg 6

Aufruf

An die deutschen Arbeitnehmer zu den Betriebsräte-Neuwahlen 1933

Der Betriebsräte-Kongreß, abgehalten am 22. Januar in Berlin, wendet sich mit folgendem Aufruf an die Arbeitnehmerschaft:

Kolleginnen und Kollegen!

„Nach zweijähriger Pause finden in der Hauptsache in den Monaten März April 1933 die

Neuwahlen der Betriebsvertretungen

statt. Die Tätigkeit der Betriebsvertretungen in den vergangenen zwei Jahren stand im Zeichen politischer Irrungen und Wirrungen sowie einer nationalen und internationalen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit von nie gekanntem Ausmaß.

Betriebseinschränkungen, Betriebsstillegungen, Kurzarbeit, Lohnherabsetzungen

ließen die Belegschaften der Betriebe nicht zur Ruhe kommen, so daß an eine ungestörte Arbeit der Betriebsvertretungen nicht zu denken war.

Dazu kam, daß Wirtschaftsnot und Arbeitsnot den Anlaß geben, die Parteipolitik in die Betriebe hineinzutragen und das Betriebsrätegesetz ohne Rücksicht auf seinen Zweck und sein Ziel allein nur für parteipolitische Agitation und Propaganda auszunutzen. Dadurch wurde die sachliche Arbeit dieser Betriebsvertretungen zum Schaden der Belegschaften erheblich gestört. Mit diesen Bestrebungen gilt es bei den kommenden Betriebsrätenewahlen aufzuräumen.

Das wichtige Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten muß wieder für sachliche Arbeit im Interesse der Arbeiterklasse fruchtbar gemacht werden.

Gerade die Betriebsräte wissen aus nunmehr über zweijähriger Erfahrung, wie wenig in den Betrieben mit Parteiparolen und Phrasen, wieviel aber in täglicher mühsamer Kleinarbeit für die Belegschaften zu erhalten und zu erreichen ist. Diese wichtige erfolgreiche Arbeit der Betriebsräte für die Arbeiterklasse heben alle Gewerkschaftskongresse besonders anerkannt. Der Kampf der Kommunisten und Nationalsozialisten in den Betrieben richtet sich gegen die Gewerkschaften und damit gegen die Interessen der Arbeiterklasse.

Nur starke Gewerkschaften

können die Interessen der Arbeiterklasse wahrnehmen. Nur aus dem Erfolg der Arbeit starker Gewerkschaften empfangen die Betriebsräte ihre Aufgaben und die Grundlage für deren Durchführung. Es gilt daher die Betriebsrätewahlen 1933 durchzuführen unter der Parole

für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, gegen jede parteipolitische Zersplitterung.

Die Gewerkschaften sind ununterbrochen bemüht, durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch wirkliche Arbeitsbeschaffung, durch die Erhöhung der Kaufkraft der Löhne die Vermehrung der Arbeitsplätze und dadurch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse zu erreichen. In entschiedenem Kampf ist es den Gewerkschaften gelungen, die Tariflohnunterbietungs-Verordnung vom 5. September 1932 wieder zu beseitigen. Der Anfang zur Durchsetzung des nächsten Zieles der Gewerkschaften, alle Arbeiter und Angestellten wieder in Arbeit zu bringen, ist gemacht.

Das meiste bleibt noch zu tun übrig.

Aber dieses nächste Ziel ist nur durch die vollkommene Geschlossenheit der Arbeiterklasse in den Gewerkschaften zu erreichen. Ohne starke und kampfkräftige Gewerkschaften ist die Arbeiterklasse ein wehrloser Spielball in der Hand ihrer Gegner.

Gewerkschaftskolleginnen, Gewerkschaftskollegen! Erkennt eure Pflicht! Tretet ein für die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung!

Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte, die ihr noch nicht Gewerkschaftsmitglieder seid,

erkennt eure Klassenlage!

Tretet ein in die Gewerkschaften! Nur die Zusammenfassung aller Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten in den Gewerkschaften, nur Beharrlichkeit in der Verfolgung der gewerkschaftlichen Forderungen führt zum Erfolg!

Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte! Seid einig und geschlossen!

Wählt bei den Betriebsrätewahlen 1933 nur freigewerkschaftliche Listen!

Berlin, den 22. Januar 1933

Der Kongreß der freigewerkschaftlichen Betriebsräte
Die Vorstände des AfA Bundes und des ADGB.

Zentralkongreß der Betriebsräte.

Der Betriebsrätekongreß, der am 22. Januar in Berlin im Gewerkschaftshaus eröffnet wurde, um Stellung zu nehmen zur politischen und sozialpolitischen Situation, um insbesondere den **Betriebsratswahlen** einen klaren Aufruf zu geben, war eine Arbeitnehmertagung im wahrsten Sinne des Wortes. Hier äußerte sich der Wille des Arbeitnehmers aus Büro und Werkstatt. 90 Prozent der Kongreßteilnehmer sind amtierende Angestellten- und Arbeiterräte.

Die Angestelltenverbände des AfA Bundes hatten 39 Vertreter der Angestellten Betriebsräte entsandt. 31 Arbeiterinnen und zusammen 329 Arbeiter vertraten die Arbeiterräte aus allen Teilen des Reiches. Wahlen hatten infolge der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht vorgenommen werden können. Auch in unserem Verband wurden die Delegationen unter Mitwirkung der Bezirksleitungen vorgenommen. Delegiert waren: aus Nürnberg-Bezirk 1: die Kollegen Berlein; aus dem Gebiet Württemberg die Kollegin Klenk; aus Wermelskirchen Kollege Schroeder; aus Berlin Kollege Schüler; aus Dresden Kollege Ehrig; aus Erfurt Kollege Ebenau; aus Pirmasens Kollege August Ranft. Vom Verbandsvorstand nahm der 1. Vorsitzende Kollege Simon und Kollege Treßlich, der Redakteur des Verbandsorgans, an dem Kongreß teil.

Der Betriebsrätekongreß lieferte in seinen Referaten und Diskussionen ein Bekenntnis dafür, daß allein in der

engen Verbundenheit zwischen Gewerkschaftsbewegung und Betriebsfunktionär

Macht und Wille der Arbeiterklasse zum Ausdruck kommen kann. Ohne Rückhalt in der Gewerkschaft hängt der Betriebsrat in der Luft; er wäre ein Spielball dem Unternehmer gegenüber; andrerseits die Vertretung der Gewerkschaft im Betrieb, die enge Verbundenheit auch des kleinsten Funktionärs mit der Gewerkschaft ist es, was die Gewerkschaftsbewegung unüberwindlich macht.

Leipart's Eröffnungsrede auf dem Kongreß war Angriff und Verteidigung zugleich. Verteidigung insofern, daß Leipart die Tribüne des Kongresses benutzte, um die Sudeleien der letzten Wochen und Monate gebührend zu brandmarken, mit denen der Gewerkschaftsbewegung geschadet werden sollte.

„Diese Betriebsratswahl" — so führte Leipart aus — „findet zum erstenmal nach Ablauf einer zweijährigen Amtsperiode statt. Ihr alle habt also in eurer Tätigkeit größere Erfahrungen gemacht, Erfahrungen, die in der bevorstehenden Wahlagitation verwertet werden sollen. Wenn wir uns nun auch in dieser Wahlagitation mit allerhand politischen Gegnern werden herumschlagen müssen, so soll es doch unsere Aufgabe sein, **gerade erst recht**

in dieser Agitation die hohe Bedeutung der Betriebsräte für die Belegschaften hervorzuheben,

die Wichtigkeit ihrer Aufgaben für das Gesamtinteresse der Arbeiterschaft, ihrer Rechte und ihrer Pflichten als gesetzliche Ueberwachungsorgane bei der Durchführung der Arbeiterrechte in allen Betrieben. Wir haben uns diese Konferenz gedacht als einen wirkungsvollen Auftakt für die Durchführung der bevorstehenden Betriebsrate-Neuwahlen. Von hier aus wollen wir heute einen gemeinsamen Wahlaufruf an die Belegschaften, die im ganzen Reich für die Wahl in Frage kommen, erlassen, und zwar einen Wahlaufruf unter der Parole:

Einigung der Arbeitnehmerschaft in den Gewerkschaften!

Alle Gewerkschaftsfunktionäre, Hunderttausende an der Zahl,

Arbeitszeitverhandlungen in Genf beendigt.

Genf, 25. Januar.

Mit der Annahme des gesamten Berichts über die Ergebnisse ihrer Arbeit an die Internationale Arbeitskonferenz hat am Mittwoch die Konferenz zur Vorbereitung der 40 Stunden-Arbeitswoche ihre fast dreiwöchentliche Tagung abgeschlossen.

Die rein formelle Debatte über Aenderungen im Berichtsentwurf wurde nochmals unterbrochen durch den Zusammenstoß zwischen Unternehmern und Arbeitern. Die Unternehmer verlangten die Aufnahme einer einseitigen Erklärung in dem Bericht, nach der die Arbeitszeitverkürzung als unmöglich und praktisch undurchführbar bezeichnet sowie ausdrücklich versichert wird, daß die Mitarbeit der Unternehmergruppe in keiner Weise bindend sei für spätere Entscheidungen. Daraufhin erzwangen die Arbeiter mit Hilfe der Stimmen der Regierungsvertreter gegen den heftigen Widerstand der Unternehmer die Aufnahme einer Erklärung, in der festgestellt wird, daß die Unternehmer sich angesichts von 30 Millionen Arbeitslosen in der Welt zur Frage einer Erleichterung der Arbeitszeit durch Arbeitszeitverkürzung rein negativ verhalten hätten. Demgegenüber stellt die Arbeitergruppe das Positive der Konferenzarbeiten fest sowie die Tatsache, daß die Idee der Arbeitszeitverkürzung und die Erhaltung des Lebensstandards der Lohn- und Gehaltsempfänger als Mittel zur Besserung der Arbeitslosigkeit von einer Mehrheit anerkannt wurde, zu der sich mit einer Ausnahme die Regierungen der wichtigsten europäischen Industrieländer bekannt hätten.

ADGB.-Vertreter beim Reichspräsidenten.

In der Bundesausschußsitzung des ADGB. und des AfA Bundes in Berlin wurde mit großem Nachdruck darauf hingewiesen, daß in Deutschland selbst bei der gegenwärtigen Lage in vielen Fällen noch über 48 Stunden, ja bis zu 60 Stunden, gearbeitet werde. Angesichts der unbeheuerlichen Arbeitslosigkeit ein Skandal. Nur noch ein Drittel aller Arbeiter sind voll beschäftigt. Die konnten ihre arbeitslosen Verwandten und Angehörigen bisher mit durchschleppen. Aber jetzt können sie es nur noch mit einem um 25 bis 30 v. H. verringerten Wochenlohn. Sogar Behörden haben in der letzten Zeit noch die Ueberschreitung der 48stündigen Arbeitszeit zugelassen. Die Arbeitsbeschaffung wird nicht in dem erwarteten Tempo vorwärts getrieben.

Die Vorstände des ADGB. und des AfA Bundes haben sich daher entschlossen, noch einmal zur Tatsache ihrer Vorschläge beim Herrn Reichspräsidenten vorstellig zu werden.

Der Reichspräsident hat am 21. Januar die Vertreter der freien Gewerkschaften empfangen. Schriftlich wie auch mündlich wurden ihm von diesen die Vorschläge der Gewerkschaften vorgetragen. Im Kern beschäftigen sich diese Vorschläge mit folgenden Forderungen:

1. **Die erste Voraussetzung für eine Entspannung der unerträglichen Lage ist eine großzügige Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand. Die bisherigen Maßnahmen der Regierung auf diesem Gebiet müssen mit größter Beschleunigung erheblich erweitert werden.**
2. **Der dadurch eingeleitete Besserungsprozeß ist in seinem Umfang und Tempo wesentlich abhängig von der Arbeitszeit der Vollarbeiter. Demzufolge muß eine der Produktionstechnik angepaßte Arbeitszeitverkürzung gesetzlich durchgeführt werden, die jedoch nicht zu weiteren Einkommensminderungen der Arbeitenden führen darf.**
3. **Die Pflege weltwirtschaftlicher Beziehungen zur Erhaltung und Steigerung der deutschen Ausfuhr muß die vornehmste Aufgabe der deutschen Handelspolitik sein.**
4. **Der Wiederaufbau der Massenkaufkraft und der sozialen Leistungen mit dem Ziel der Schaffung eines umsatzfähigen Binnenmarktes muß den Besserungsprozeß unterstützen.**

„Wir bitten Sie, Herr Reichspräsident" — so beschlossen die Gewerkschaftsvertreter ihre Eingabe — „diese vordringlichen Aufgaben zur Linderung der erschütternden Not großer Teile der Arbeiterschaft mit Ihrem starken Einfluß unterstützen zu wollen."

werden sich mit gewohntem Eifer und in alter Begeisterung unter dieser Parole für die Wahl einsetzen.

Einigung der Arbeiterklasse! Es ist kein Ruhmesreiferen für die deutsche Arbeiterbewegung, daß diese Parole mit besonderem Nachdruck heute wieder ausgesprochen werden muß. Zeit Jahrzehnten haben uns unsere Vorkämpfer und haben wir alle eindringlich immer wieder gepredigt: Einigkeit macht stark! Kaum jemals früher aber war die Uneinigkeit in den Reihen des ganzen Volkes und leider auch in der Arbeiterschaft größer als jetzt.

Ich möchte vor Eintritt in die sachlichen Beratungen deshalb einige Worte zu den Angriffen sagen, die gerade jetzt in demagogischer Weise gegen die Gewerkschaften erichtet werden, insbesondere deswegen, weil ihr sicher in den Betrieben draußen gerade diesen Angriffen ausgesetzt seid. Man fertigt erdichtete Protokolle an, die angeblich in der Reichskanzlei und im Reichsinnenministerium aufgenommen seien über vertrauliche Besprechungen und Verhandlungen zwischen Regierungsleuten, Kapitalisten und ADGB.-Leuten, man verdächtigt und verdreht sie hinter unserem Rücken, monatelang ehe wir Kenntnis davon erhalten. In diesen Verhandlungen, die nie stattgefunden haben, sollen wir uns bereit erklärt haben, die Gewerkschaften nach italienischem Muster, ja, ich konnte auch sagen nach russischem Muster, zu verstaatlichen, sie einzubauen in den staatlichen Apparat, und dann schreit man mit solchen Protokollen über Arbeiterverrat, über Massenverrat durch die ADGB.-Führer*).

Es ist vielleicht überflüssig, aber ich will doch die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, auch zu sagen: Ich habe Gregor Straßer in meinem Leben noch nicht gesehen, habe auch noch kein Wort mit ihm gewechselt, und kein unserer ADGB.-Führer hat jemals mit Gregor Straßer ein Wort gewechselt!"

Leipart ging im folgenden auf die politische Situation näher ein:

Es ist vielleicht überflüssig, aber ich will doch die Gelegenheit ergreifen, die Partei befinde sich in der schärfsten Opposition, und die Gewerkschaften nicht. Ich habe gestern bereits – Sie werden es heute wahrscheinlich im „Vorwärts" gelesen haben – in der Sitzung des Bundesausschusses ausgesprochen:

die Gewerkschaften stehen zu jeder Regierung in Opposition, die Gewerkschaften führen mit jeder Regierung dauernd Krieg, Kleinkrieg. Die Gewerkschaften können sich und werden sich niemals an eine Regierung binden.

Wir haben das nicht getan, als Sozialdemokraten Kanzler und Arbeitsminister waren. Wir haben stets rücksichtslos unter Ausnutzung der gegebenen Machtverhältnisse die Interessen der Arbeitnehmerschaft verfochten. Das ganze Jahr hindurch ist Tag für Tag mindestens ein Vertreter des ADGB. und des AfA-Bundes bei irgendeinem Ministerium, bei dem Minister oder seinen Sachbearbeitern, um für unsere Forderungen zu kämpfen, um dem entgegenzuarbeiten, daß Dummheiten gemacht und die Rechte der Arbeiterschaft mißachtet werden.

Man erhebt gegen uns den Vorwurf, daß wir die Gewerkschaften zum Faschismus führen, daß wir bereits unseren Kreisen mit dem Faschismus gemacht hätten – gegen uns, die wir doch wohl die

stärkste Säule der Eisernen Front gegen den Faschismus sind!

Von Leuten wird dieser Vorwurf erhoben, die bekanntlich an jenem 9. August 1931 in der Volksabstimmung gegen die preußische Regierung sich mit den Nazis verbunden haben. Der 20. Juli 1932 hätte schon Ihnen Aufschluß erteilen können, wenn es gerade uns und unseren Anhängern nicht gelungen wäre, diese Gefahr zu verhindern. Man nennt uns, die Gewerkschaften, die Stützen der kapitalistischen Privatwirtschaft. Tagtäglich, in jeder kommunistischen Zeitung! Man schreibt kein Wort über unsere Forderungen zur Umbau der Wirtschaft, über die Vorschläge, die wir seit Monaten und Jahren erhoben und eindringlich verfochten haben."

Auch auf die nationale und internationale Haltung der Gewerkschaften ging Leipart näher ein.

Die Agitoten, nicht wir, haben mit unausgegorenen Ansichten zu Rate zu gehen. Wir sind Jahrzehnte früher aufgestanden als die weitsehaften „Arbeiterpolitiker" dieser zusammengewürfelten Bewegung. Gute Deutsche zu sein, haben die Gewerkschaftsmitglieder durch die Tat bewiesen, um gar nicht weit zurückzugreifen, in der tatsächlichen und energischen Abwehr des Hitlereinbruchs.

„Wir sagen den Nazis, daß, wenn sie verlangen, daß wir der Internationale entsagen: Bitte, dann sagt den Unternehmern zunächst, sie sollen auf ihre internationalen Kartelle usw. verzichten, sie sollen darauf verzichten, sich international zu verbinden, um **auf diese Weise leichter die Arbeiterschaft der ganzen Welt ausbeuten zu können!** Tagaus wehen wir uns, indem auch wir uns international zu verbinden suchen, ganz abgesehen davon, daß mit unserer internationalen Verbindung der Kampf gegen die kapitalistische Volkerverhetzung, der Kampf für den Frieden verbunden ist."

Auch mit der albernen und blöden Behauptung, es werde in Gewerkschaftskreisen an eine Neubelebung des Gedankens der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmerorganisationen gedacht, rechnete Leipart ab:

„Gegen solche Dummheit können wir uns nicht schützen. Ihr aber müßt immer darauf hinweisen, daß bei all diesen Behauptungen doch nur der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Man wünscht, daß wir die Arbeiterschaft verraten sollen, und deswegen behauptet man das. Ich wiederhole, was wir schon zigmalmal erklärt haben: an diesen Behauptungen ist kein wahres Wort, wir denken nicht daran!"

Leipart stellte in seiner Rede abschließend u. a. fest:

„Es gibt keine revolutionärere Bewegung als die Gewerkschaftsbewegung.

Wir sind – das ist meine Überzeugung – die eigentlichen Revolutionäre, wenn wir auch diese unsere revolutionäre Gesinnung täglich und stündlich auf die Gasse schreien. Wir legen keineswegs die Hände in den Schoß und warten geduldig die Entwicklung ab. Nein, wir drängen die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse **dauernd vorwärts**, wir treiben sie dauernd an, wir ruhen und rasten nicht, um sie im Interesse der Arbeiterschaft, jetzt besonders im Interesse unserer so sehr notleidenden erwerbslosen Kameraden zu beschleunigen. Und ich frage euch alle: Ist einer unter euch, der etwa glaubt, daß wir auf dem schwierigen Gebiete der **Arbeitsbeschaffung**, dieser Hauptforderung in der gegenwärtigen Zeit, etwas mit revolutionärer Gewalt erreichen können?

Indessen wir als Gewerkschafter haben nach meiner Meinung – ich spreche das unumwunden aus – gar keinen Anlaß, uns auf die eine oder andere Methode festzulegen...

Wir in der Bundesführung und jeder Verbandsvorstand wären natürlich bereit, in der Entwicklung nach vorwärts zu große Schritte zu machen wie nur möglich, weiter noch als in der Vergangenheit. Das hängt aber nicht von dem guten Willen der Verbandsleitungen und der Bundesleitung ab. Das hängt ab von den Machtverhältnissen und den Gegenkräften. Wir sind uns sicher, daß Bedeutenderes zu erreichen sein wird, je mehr Macht und Stärke der Organisationen zunehmen. Wir werden auch in Zukunft die Machtverhältnisse ausnutzen und sind bereit, die allergrößten Schritte nach vorwärts zu machen!"

Wenn man über den sonstigen Verlauf der Konferenz – über die Referate und die allgemeine Aussprache – etwas sagen soll, so fällt einem vor allem auf, wie selbstsicher heute von Arbeitern hochwichtige und äußerst schwierige Fragen der Staatspolitik und des Rechts erörtert werden.

Die Rede des Kollegen Körpel zu den Betriebsratswahlen erörterte mit Eindrücklichkeit, worauf es bei den Betriebsratswahlen ankommt. Die Kollegin Hanna zeigte in einem tiefschürfenden Referat, auf das wir im speziellen noch zurückkommen werden, welche Bedeutung das Betriebsratsamt für die Arbeiterinnen hat. Die zahlreichen Diskussionsredner, Kollegen, die in der Betriebsarbeit verwurzelt sind, beleuchteten eingehend, was es mit den Aufgaben der Betriebsräte, der Durchführung des Tarifvertragsrechts und der Schlichtungsordnung, des Arbeitsgerichts- und Betriebsrätegesetzes, der Arbeitszeit- und Stillegungsverordnung, des Entlassungsschutzes usw. auf sich hat. Welche unabsehbaren Schädigungen die Arbeitnehmerschaft durch Zersplitterung in mehrere Listen bei diesen Wahlen sich selbst zufügt, zeigte bereits die Praxis der zurückliegenden Zeit.

„Es sollte allen klar geworden sein," so rief Körpel aus,

„daß die sogenannte RGO. lediglich eine Agitationsabteilung der kommunistischen Zentrale ist,

eine Einrichtung ohne jede gewerkschaftliche Fundierung, ohne praktische Erfahrungen im Gewerkschaftskampf. Im übrigen haben nicht wir, sondern die Kommunisten haben unseren Kreisen gesagt. **Jetzt treten sie für kollektive Tarife ein,** während sie früher unsere rege Tätigkeit auf diesem Gebiet als „Klassenverrat" verschrien haben. Daß die Arbeiterwelt sich aufs Glatteis begibt, wenn sie den kommunistischen Parolen folgen würde, hat der Berliner Verkehrsarbeiterstreik bewiesen. Dieser Streik wurde von den Kommunisten und Nazis inszeniert, als der Unternehmerangriff im Verhandlungskampf bereits fast restlos zurückgewiesen war. Er wurde erstinst unmittelbar vor der Reichstagswahl, **zu keinem anderen als wahlagitatorischen Zwecken.** Mit Erledigung der Wahlen hatten Kommunisten wie Nazis jedes Interesse an dem Streik verloren. Die irregeführten Menschen, die aus Lohn und Brot gerissen waren, wurden nun von diesen Drahtziehern ganz und gar im Stich gelassen. Wer so gewerkschaftliche Kämpfe geführt wissen will, mag weiter Phrasenreen folgen. Die Gewerkschaft kennt, wenn sie schon einmal einen Kampf beginnt, eine verantwortungsbewußtere Taktik!

Wer aber dann schließlich gar den Geschmack beliebt, sich von den Nazis betören zu lassen, ist noch mehr zu bedauern, wie der von den Kommunisten Genasführte. Die Nazis, die zwölf Jahre gereedet und nichts geleistet haben, die selbst mit 230 Reichstagsmandaten nichts Vernünftiges anzufangen wußten, wurden nun wohl auch von dem Einsatzgleis als Unternehmerfüdlinge erkannt. Es wäre eine Beleidigung der deutschen Arbeiterklasse, dieser aufzugeben, bei diesen Demagogen in die Schule zu gehen, um zu lernen, wie man Arbeiterinteressen vertritt. Die Arbeiterschaft Deutschlands, die stolz auf ihre Bewegung sein darf, ist Jahrzehnte früher aufgestanden. Sie hat in jahrelanger Uebung bewiesen, wie sie ihre Kämpfe zu führen hat.

Einer der Prominentesten unter den Nazis, der bekannte Feder – im Rundfunkwechselgespräch mit Prof. Nölting in die Enge getrieben –, hat übrigens die Katze aus dem Sack gelassen. Er sagte u. a.:

„Im Dritten Reich wird es keine Betriebsräte mehr geben, die mitreden und mitzuwollen." (Nach Feder ist die Betriebsratstätigkeit ein überflüssiges Geschwätz.)

Wer Helden dieses Schlages ein Betriebsratsamt zuschanzen will, ist vom menschlichen Gesichtspunkt aus um seinen Geisteszustand zu bedauern.

Die zwölfjährige Praxis der Betriebsräte, ihre Arbeit in sämtlichen Gebieten des Wirtschaftslebens, ihre Kampfe gegen den „Wohlfahrtsstaat" proklamiert. Diesen Kampf habe die Regierung Papen auch rücksichtslos durchgeführt und aus Deutschland einen Wohlfahrtsstaat für die Reichen gemacht. Die Gewerkschaften haben gegen diese Regierung den schärfsten Kampf geführt. Gegen den sozialpolitischen Teil ihrer Notverordnung vom 4. und 5. September 1932 mit dem Ergebnis, daß Papen zurücktreten und dieser sozialpolitische Teil der Notverordnungen, d. h. die Uebergriffe auf diesem Gebiet, aufgehoben werden mußten. Damit war die Unabdingbarkeit der Tarifverträge wieder hergestellt. Bei diesem Kampf habe sich der Zentralverband des Schuhmacher besonders hervorgetan und seine Kampfbereitschaft bewiesen. Ueberall dort, wo der Unternehmer von dem nach der Notverordnung zulässigen Lohnabbau Gebrauch machte, hat der Zentralverband der Schuhmacher dies durch Streik beantwortet und abgewehrt. Wenn die Firma Salamander von diesem Lohnabbau von der 31. bis 40. Stunde keinen Gebrauch gemacht habe, so hat dies darin seinen Grund, daß sie die aufgelöste Abwehrfront ihrer restlos organisierten Arbeiterschaft fürchten mußte. Die Organisationsleitung hatte der Firma gegenüber keinen Zweifel gelassen, daß der schärfste Widerstand geleistet werden würde.

Ein weiterer Beweis der Kampffähigkeit unseres Verbandes müsse auch darin erblickt werden, daß es uns gelungen ist, entgegen der wiederholten Kürzung des Reichsarbeitsministers auch die Arbeitgeber und ihrer Aufforderung auf Lohnherabsetzung, die seitherigen Löhne zu halten und dadurch dem Lohnabbau Einhalt zu gebieten. Nicht allen Berufen bzw. Verbänden ist dies in letzten Jahre gelungen. Es sei zu wünschen, so schloß Kollege Bühler, daß bald die Zeit komme, in der es möglich sei, das früher verlorene Terrain wieder zurückzuerobern. Dies sei aber nur möglich durch geschlossenes Handeln der Arbeiterschaft; es müsse deshalb jede Zersplitterung vermieden und alles getan werden, Einigkeit und Geschlossenheit im Zentralverband der Schuhmacher in den Vordergrund zu stellen.

Der Kollege Sprenger erstattete den Kassenbericht vom vierten Quartal; den Revisionsbericht gab der Kollege Häußle. Die Jahresabrechnung wurde im Mitteilungsblatt bekanntgegeben und vom Kollegen Sprenger kurz erläutert. Bei dieser Gelegenheit sprach der Kollege Sprenger den Unterkassierern für ihre aufopfernde Arbeit den besonderen Dank der Ortsverwaltung aus.

In der Diskussion erhob der Kollege Lauber seine schon oft wiederholten Vorwürfe wegen der Durchführung der Brüning Notverordnung und stellte die Behauptung auf. Kollege Bühler hatte seinerzeit erklärt, daß wenn der Preisabbau

---

*) Bei die Broschüre „Klassenverrat", die im Verlag des ADGB. erschien, erschienen ist und zwar, mit welchen Gemeinheiten gegen die NSDAP. Hunter und gegen die Gewerkschaften agitiert wird. Zwei Beispiele: Protokolle von den Kommunistischen Partei vertreten lassen den „Klassenverrat" der Gewerkschaftsführung nachweisen. Nach dieser elenden, dreisten Macht lassen sich die Bundesvorsitzenden Leipart, Graßmann und Tarnow in einer Sitzung am 30. Juli, in der sie sich bei dem damaligen Reichskanzler v. Papen für Arbeitsbeschaffung einsetzen und den Kapitalertrag, die Demokratisierung von Gewerkschaftshäusern beabsichtigen, zum Burgfrieden der Gewerkschaften nach den Reichstagswahlen verpflichtet haben. Im „Vorwärts" wurde bereits letztes, daß an dem ersten „Protokoll" nur der Tag der Zusammenkunft über 30. Juli richtig, alles übrige erfunden ist, an dem Protokoll über eine angebliche zweite Zusammenkunft aber alles von A bis Z Lüge und Verdreht ist, was jedoch die KPD. Presse nicht abhält, die Fälschungen weiter auszuwalzen.

Der Streik in Böhringen O.-A. Sulz geht weiter!

Zuzug ist fernzuhalten!

Ein recht eigensinniger Unternehmer, der sich seine Eigensinnigkeit auch etwas kosten läßt, ist der Herr Martin Jetter, Inhaber der Schuhfabrik Böhringen, bei dem unsere Kollegen nun schon seit dem 10. Oktober 1930 im Kampfe stehen. Man ist versucht, zu fragen, wer wohl die Ratgeber sind, die diesen Unternehmer zu einer Halsstarrigkeit verleiten, die ihm schon eine ganze Menge Geld gekostet hat. (Sind sie zu suchen unter schönen Frauen oder ist es vielleicht gar eine Wahrsagerin?? – D. Red.) Die Gemeinde will dem Fabrikanten jetzt mit einem Kredit (!) in Höhe von etwa 20 000 RM beispringen. Ein angesehener Schuhfabrikant erklärte uns kürzlich: „Herr Jetter macht so lange, bis er erledigt ist. Ich kann ihn nicht begreifen. Ich möchte bloß den seine Ratgeber kennen!"

Zeit Beginn des Kampfes und bereits vorher, war kein ständiges Argument: „Ich ziehe von Böhringen weg." Einmal versichert er nach Großeislingen, dann nach Büßingen, dann nach Balingen ziehen zu wollen. In der letzten Zeit gab er zur Abwechslung an, die Absicht zu haben, den Betrieb nach Weil der Stadt zu verlegen. Nun pfeifen es nachgerade die Spatzen von den Dächern, daß es für ihn ganz unmöglich ist wegzuziehen. Ob das „Heute so und Morgen so", die Glaubwürdigkeit erhöht, möchten wir bezweifeln. Kurz nach Beginn des Kampfes gelang es zwar Herrn Jetter unter allerhand Versprechungen aus dem Hohenzollerischen Facharbeiter zu bekommen, die aber viel teurer waren, als wenn er seine Stammarbeiter im Lohn befriedigt hätte. Jetzt hat er scheinbar entdeckt, daß es sich nicht rentiert, an die Rausreißer mehr Lohn zu bezahlen und obendrein noch für einen jeden pro Woche 2,90 RM zum Fahrgeld zuzulegen. Also wurden sie entlassen, in dem Glauben, die Streikenden seien mürbe geworden. Nichts als Enttäuschungen hat er bis jetzt erlebt. Es war nichts mit dem voreiligen Gerede, daß der Zentralverband der Schuhmacher den Kampf abbricht. Dies hatte man sich nur so schön gehofft. Also muß er wieder auf seine Böhringer Stammarbeiter zurückgreifen. Karren gingen hinaus, man könne unter bestimmten Bedingungen evtl. wieder arbeiten. Wir schickten Kollegen hin zum Betrieb, um die Bedingungen zu erfahren, und siehe da, als Beboten sollten die Arbeiter zu Kreuze kriechen.

1. Bedingung: Es gibt keine Organisation in meinem Betrieb, andernfalls fristlose Entlassung. Wer sich mit den Gewerkschaftssekretären in Verbindung setzt, fliegt. (Gelesse spielen für den Herrn keine Rolle, vielleicht unterschen die Sulzer Landjäger den Fall, ob nicht in diesem Anlinnen eine strafbare Handlung vorliegt. Diese behördlichen Stellen sind nämlich sonst sofort bereit, auf telephonischen Anruf der Firma mit dem Auto daher zu flitzen, und hochnotpeinliche Untersuchungen anzustellen.)

2. Bedingung: Der der Firma entstandene Schaden für die Entschädigung der hohenzollerischen Rausreißer müssen die Wiedereingestellten und die Böhringer Rausreißer gemeinsam bezahlen. Lachen Sie nicht, es ist so: Rausreißer sollen nun dafür bezahlen, daß sie ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken gefallen sind. Wir finden dies übrigens ganz in Ordnung. Denn sie, die Rausreißer, sind mit Schuld an der Halsstarrigkeit der Firma. Als Unrecht erscheint es aber, daß sie nur bald so viel bezahlen sollen als wie die zur Zeit im Streik Befindlichen.

3. Bedingung: Den Tarifvertrag halte ich ein. (So wie ich es auffasse? D. R.)

Diese ungeheuerlichen Bedingungen wurden natürlich von den Streikenden einstimmig (bei einer Stimmenthaltung) abgelehnt, und der Firma Aufnahme von Verhandlungen angeboten. Wieviel Geld die Firma noch kaputt machen will, bis sie sich zu einer annehmbaren Vereinbarung bereit erklärt, weiß man noch nicht. Wir können warten. Vielleicht kommt der Firma die Erleuchtung, vielleicht auch zu spät. Herr Jetter wäre nicht der erste, der an Verbissenheit zugrunde ging.

Wir ersuchen alle Schuhfabrikarbeiter, insbesondere die der hohenzollerischen Gegend, es unter gar keinen Umständen zu dulden, daß Streikbrecher nach Böhringen kommen. Haltet Solidarität.

Hauptversammlung der Zahlstelle Kornwestheim.

Die Zahlstelle Kornwestheim hatte auf 17. Januar ihre Hauptversammlung, in der unter anderem auch die Wahl der Ortsverwaltung vorzunehmen war, einberufen. Die Opposition, das heißt die Kommunistengruppe, die bereits im vorigen Jahr in der „Süddeutschen Arbeiterzeitung" geschrieben hat, die Ortsverwaltungswahl in Kornwestheim sei wichtiger als eine Landtags- oder Reichstagswahl", hatte seit einiger Zeit eine fieberhafte Tätigkeit entwickelt.

Der Beschluß der KPD.-Bezirksleitung, zur Eroberung des Salamanderbetriebs ihre ganze Kraft auf Kornwestheim zu konzentrieren, hat sich in vollem Umfang bemerkbar gemacht. Ganze Zeiten der kommunistischen „Süddeutschen Arbeiterzeitung" hat man den „Salamander Proleten" gewidmet. Neben diesen Zeitungsartikeln wurden täglich Flugblätter und Handzettel verteilt, die von Verleumdungen und Beschimpfungen nur so strotzten. Das beste, was sie sich leisteten, war jedoch die Herausgabe ihrer illegalen „Roten Salamander", der eine so gemeine Sprache führte, daß selbst eingeschriebene KPD.-Leute ihre Mißbilligung über solche Methoden ausgesprochen haben.

Diese Schreibweise hatte aber auch etwas Gutes für sich: sie hat manchem unserer Mitglieder, die Anhänger der Opposition waren, die Augen geöffnet über das wahre Wesen der RGO. Bei der Wahl zur Ortsverwaltung erhielten die „Oppositionellen" deshalb auch eine gebührende Niederlage.

Die Ortsverwaltung hatte als Mitteilungsblatt einen gedruckten Jahresbericht den Mitgliedern ungeändert gemacht, so daß sich der Vorsitzende der Zahlstelle, Kollege Bubler, bei seinem mündlichen Bericht sehr kurz fassen konnte. Bevor er mit seinem Bericht begann, gedachte er der im letzten Jahr verstorbenen zehn Mitglieder, zu deren Ehre sich die Versammelten von ihren Sitzen erhoben. In seinem mündlichen Bericht zeigte Kollege Bühler die besonderen Merkmale im Jahre 1932 auf. Er wies darauf hin, daß die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit nicht ohne Wirkung auf die Tätigkeit der Gewerkschaftsverbände geblieben sei. Besonders wenn man betrachte, daß die Arbeitslosigkeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern von 13 Prozent im Jahr 1929 auf 43,6 Prozent im Jahr 1932 in den dem ADGB. angeschlossenen Verbänden gestiegen sei. Hinzu komme die leidenschaftliche politische Bewegung.

Im Jahr 1932 hatte das deutsche Volk fünf große Wahlkämpfe zu führen, deren Ergebnis leider eine Schwächung des politischen Einflusses der Arbeiterschaft war. Die Regierung Papen habe bei ihrem Antritt den Kampf gegen den

dieser Verbindung mit den Gewerkschaften, hat gezeigt, welche Fähigkeiten im Dienste der Arbeiterinteressen die unabhängige, sozialistische Arbeiterbewegung zu entwickeln vermag. Hier trifft man auf eine Arbeiterschicht, die sich Intelligenz und Fähigkeiten in jahrelanger Praxis erarbeitet hat.

Wenn man die Tätigkeit der Betriebsräte von dieser Warte betrachtet dann kommt einem die demagogisch aufgezogene Wahlagitation der anderen gemein und lächerlich vor.

Es ist eine Lüge, die Betriebsratswahlen seien Wahlen von parteipolitischem Charakter, genau so wie die Reichstagswahlen. Auf diesem Gebiet handelt es sich um Arbeiterinteressen, um nackte Machtfragen der Arbeiterschaft. **Die Arbeiterklasse als solche hat keine sich widerstreitenden Interessen.** Ihr ist hier nicht gedient mit dem Einheitsfrontgeschrei, wie es von den Kommunisten betrieben wird. Hier handelt es sich um

die vorhandene Einheitsfront, die in den Gewerkschaften verkörpert ist.

Die Arbeiter sind verraten, wenn sie Demagogen glauben, die wohl die Einheit im Munde führen, die aber im Hintergedanken mit der Spaltung spielen!

Was auf diesem Betriebsrätekongreß in einem besonderen Referat Kollege Bührig über die

Wandlungen und Irrfahrten der Rechtsprechung im Betriebsrätegesetz

ausführte, ist derart bedeutsam und aufschlußreich, daß es sich verlohnt, in einem besonderen Aufsatz darauf zurückzukommen. Jedoch auch diese Betrachtungen und die daran anknüpfende Aussprache führten zu dem Schluß, daß **die Arbeiterklasse sich nicht verleiten lassen darf,** die Waffe, die ihr das Betriebsrätegesetz in die Hand gibt, **durch Kräftezersplitterung zu gefährden.**

Der Kongreß klang aus in dem Gelöbnis, alles daranzusetzen, um die freigewerkschaftliche Idee auch in dieser Wahlkampagne wieder zum Siege zu führen.

Die Zukunft der Arbeiter Deutschlands

hängt ab von dem Bollwerk, welches sie in ihrem Funktionärkörper in den Betrieben und in den Gewerkschaften hat. Der Kampf gegen Lüge und Demagogie, gegen Zersetzungsbestrebungen und Hinterhältigkeit hat begonnen!

Dazu beizutragen, diesen Kampf zu gewinnen, muß jetzt, anläßlich der Betriebsratswahlen, Aufgabe jedes klar denkenden Arbeitnehmers sein!

Fortsetzung der Hauptversammlung Kornwestheim

(Fortsetzung von Seite 22.)

nicht eintrete, er sofort eine Betriebsversammlung einberufe und den Streik beschließen lasse. Im weiteren kritisierte er am Kassenbericht die Verwaltungsausgaben, die 25 Prozent der Einnahmen der Lokalkasse ausmachen. Der Kollege P. Hermann erklärt demgegenüber, daß anerkannt werden müsse, daß die Ortsverwaltung im letzten Jahr ihre Pflicht voll und ganz erfüllt habe. Zum Kassenbericht Stellung nehmend, gibt er die Anregung, den Lokalzuschlag, insbesondere bei den unteren Klassen, abzubauen.

Was die Kassenführung anbelangt, konnte Kollege Sprenger in seinem Schlußwort mit Hinweis auf den vorhandenen Vermögensstock und die Ermöglichung der Errichtung unseres Verbandshauses dartun, daß in der Verwaltung stets eine sparsame Wirtschaft geführt worden ist. Auch sei seine Kassenführung innerhalb seiner 25jährigen Tätigkeit als Angestellter des Verbandes noch nie beanstandet worden.

Gegenüber den Angriffen des Kollegen Lauber stellte der Kollege Bühler erneut fest, daß er nie die Ausführungen, wie sie Lauber behauptet, gemacht habe. Kollege Bühler setzte auseinander, daß zwischen der Notverordnung Brüning und Papen immerhin ein wesentlicher Unterschied besteht. Die Notverordnung Papen habe die Unabdingbarkeit der Tarifverträge aufgehoben, während die Brüning Notverordnung dies nicht berührt hat. Aber wenn er die Tatsache zum wiederholten Male feststelle, so wird es Lauber auch diesmal nicht begreifen, weil er es eben nicht begreifen wolle. Und wenn Lauber die Verwaltungsausgaben, die 25 Prozent von den Einnahmen der Lokalkasse ausmachen, beanstande, so müsse ihm gesagt werden, daß die Einnahmen der Lokalkasse eben zur Bestreitung der örtlichen Ausgaben da sind. Es gibt viele Zahlstellen, bei denen die gesamten Einnahmen der Lokalkasse hierzu gar nicht ausreichen.

Es folgte nun die Wahl der Ortsverwaltung. Der Vorschlag der Vertrauensleute des Verbands wurde mit überwältigender Mehrheit gewählt. Ein Beweis dafür, daß unsere Mitglieder die Methoden der Kommunisten ablehnen und die sachliche Arbeit unseres Verbandes anerkennen. Während die von der „Opposition" vorgeschlagenen Kollegen von 56 bis 168 Stimmen bekamen, wurden die von unseren Vertrauensleuten Vorgeschlagenen mit 665 bis 714 Stimmen in geheimer Wahl gewählt. Die Versammlung war von zirka 800 Mitgliedern besucht.

Die „Opposition" hatte zur Hauptversammlung drei Anträge gestellt, und zwar: 1. Eine Entschließung gegen die Bürgersteuer, die durch die Annahme seiner von der Ortsverwaltung beantragten Entschließung erledigt wurde. 2. Einen Antrag auf Kürzung der Gehälter der Angestellten des Verbandes, das sie mit folgendem begründeten: Eine höhere Bezahlung der Gewerkschaftsangestellten gegenüber den Arbeitern erzeuge zwangsläufig, daß sie die Interessen der Mitglieder, Arbeiter und Arbeitslosen nicht mehr so vertreten, wie das erforderlich sei.

Kollege Bühler wies nach daß die Gehälter der Angestellten im Zentralverband der Schuhmacher an zweitletzter Stelle sämtlicher Gewerkschaftsangestellten stehen, und daß die Gehälter um 20 Prozent gekürzt werden seien. Ueberdies, fragt Kollege Bühler, wenn es wahr wäre, daß ein Angestellter, der ein höheres Einkommen als ein Arbeiter habe, nicht revolutionär sein könne, so müsse man schon fragen: „Warum zahlt dann die KPD. an Angestellte viel höhere Gehälter als der Schuhmacherverband?" (Es ist bekannt, daß Redakteure der „Süddeutschen Arbeiterzeitung" weit höhere Gehälter beziehen als die Angestellten in unserem Verband. Auch habe man gehört, daß die Angestellten der KPD.-Zentrale monatlich 750 RM Gehalt beziehen neben ihren Landtags- bzw. Reichstagsdiäten. Auch seien ihnen unter ihren Mitgliedern einige Großverdiener nachzuweisen.) Man dürfe also nur Mitglied der KPD. sein, dann spielt das Einkommen keine Rolle.

In einem Antrag ist auch die Wiederzahlung der alten Löhne gefordert, hierzu erklärte Kollege Bühler: Es sei wünschenswert, daß wir die alten Löhne wieder erreichen und es sei zu hoffen, daß die Zeit kommt, wo es der Arbeiterschaft durch ihr geschlossenes Handeln gelingt das Verlorene wieder zurückzuerobern. Es müsse aber in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß es unserem Verband durch seine Geschlossenheit gelungen sei trotz zweimaliger Kündigung des RTV. durch die Unternehmer, die Tariflöhne im Jahre 1932 zu halten und damit dem Lohnabbau Einhalt zu bieten. Kollege Bühler fragte dann, was denn die sogenannten roten Verbände getan hätten, um die alten Löhne wieder zurückzuerobern? Wenn man schon kritisiere, müsse man mit eigenen Leistungen auftrumpfen können. Uns sei aber nur die eine Tatsache bekannt, daß in ganz Deutschland, wo die RGO. die Hand im Spiele hatte, die Arbeiterschaft schwere Niederlagen erlitten hat.

Ein dritter Antrag der „Opposition" verlangte die Aufhebung der Beschlüsse des Leipziger Verbandstages, **wonach alle Mitglieder, die sich bei der Betriebsratswahl zu einer anderen als der Gewerkschaftsliste hergeben, aus dem Verbande ausgeschlossen werden.** („Erpresserbrief.") Die bereits Ausgeschlossenen sollen nach diesem Antrag mit den alten Rechten wieder aufgenommen werden. Sie begründeten dies damit, daß diese Beschlüsse nicht demokratischen Grundsätzen entsprechen.

Der Kollege Bühler stellte fest, daß es keinesfalls den demokratischen Grundsätzen widerspreche, vielmehr ganz in der Ordnung sei, daß sich die Minderheit der Mehrheit füge. Etwas anderes gibt es nicht in einer geschlossenen Vereinskörperschaft. Denn bei der Aufstellung der Gewerkschaftsliste werde rein nach dem demokratischen Prinzip verfahren. Wer die meisten Stimmen habe, komme auf die Liste. Besser kann mans sicher nicht machen. Eine Gewerkschaft, die solche Verhältnisse, wie sie die KPD. verlangt, zuließe, müßte sich ja geradezu aufgeben. Von der Aufhebung die er Beschlüsse könne deshalb gar keine Rede sein.

Für die Wiederaufnahme der bereits Ausgeschlossenen hat der Zentralvorstand seine Bedingungen gestellt, sie dürfen nur aus der RGO. austreten und sich verpflichten, nicht gegen unseren Verband zu arbeiten, dann steht ihrer Wiederaufnahme nichts im Wege.

Beide Oppositionsanträge wurden mit überwältigender Mehrheit abgelehnt, nur 20 Mitglieder hatten noch den Mut, für diese Anträge zu stimmen.

Unsere Mitglieder haben bei dieser Gelegenheit bewiesen, daß sie ihre Interessen, die in der Geschlossenheit des Zentralverbands der Schuhmacher liegen, zu wahren verstehen. Diesen Willen werden sie auch bei der kommenden Betriebsratswahl zum Ausdruck bringen.

Zentralverband der Schuhmacher

Zahlstelle Wuppertal.

Jahresbericht von 1932.

Noch schlimmer als seine Vorgänger war für uns das abgelaufene Jahr. Von unseren Kollegen arbeiteten nur vier und die zeitweise kurz. Die Innungen benutzten diese Situation, um Anträge auf Lohnabbau zu stellen, welche aber von uns abgewehrt wurden. Der Lohn beträgt also immer noch 70 und 81 Rpf. pro Stunde.

Eine besondere Nummer ist der jugendliche Obermeister Schäfer von Bremen; dieser, um das man sein Spielzeug, die Zwangsinnung, zerschlagen Angst gründete er eine freie Innung. Um sich nun seinen Kollegen gegenüber als tüchtig zu zeigen, stellt er fleißig Anträge auf Abbau der Reparaturbetriebe und des Lohnes.

Im Herbst wurde von den riesengroßen Gewerkschaftsgegnern (RGO.) ein Streik der Pflichtarbeiter arrangiert, in den auch einige von unseren Mitgliedern, welche in der städtischen Schuhmacherei arbeiteten, hineingezogen wurden. Die Forderungen waren die üblichen, bei denen man von vornherein weiß, daß sie nicht erfüllt werden können. Der Streik verlief denn auch im Sande, wie alle von diesen Leuten eingeleiteten. Die Hauptschreier waren wieder die ersten, welche die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Die Agitation für den Verband wird durch das Elend, welches unter den Schuhmachern herrscht, sehr erschwert. Wir haben im Herbst und vor Weihnachten mehrere öffentliche Versammlungen abgehalten. Wir werden deshalb das Schwergewicht nun auf die Hausagitation legen.

Alzey.

Die Jahresgeneralversammlung am 13. Januar war gut besucht. Den Lohnverschlechterungen durch die Notverordnungen galt auch hier, wie der Vorsitzende einschauend feststellte, der schwerste Kampf. An der Lohnfrage haben ja die Angriffe von Unternehmerseite nie abgerissen. Durch die Geschlossenheit unserer Organisation konnte vieles unterbunden werden. Straffster Zusammenschluß gegenüber den Gelüsten der Unternehmer sei auch für die Zukunft gerade hier in Alzey nötig. Es geht nicht an, daß gewisse Uebelstände im Arbeits- und Lohnverhältnis, die in den Betrieben sowohl bei Göp als auch bei Budelmaier anzutreffen sind, noch größeren Umfang annehmen. Ein Beispiel: Bei der Firma Göp wurden sechs bis acht Neueinstellungen vorgenommen. Nachdem die Firma einzelne Kollegen unter Druck stellte, erklärte angesichts der allgemein schlechten Verhältnisse der Wille zum Widerstand. Der Lohnabbau von 10 Prozent, den die Papennotverordnung für diese Fälle vorsah, wurde der Gesamtbelegschaft auferlegt.

Kollege Daly ermahnte hierauf alle Kollegen, jetzt schon dafür zu sorgen, bei den kommenden Betriebsratswahlen unbedingt den Betriebsrat zu wählen. Anläßlich der Werbeaktion wurden acht Mitglieder aufgenommen. Der jetzige Mitgliederstand beträgt 78. Die Abrechnung wurde vom Kassier Molleron Rüßheimer bekanntgegeben. Die Kasse war von den beiden Revisoren geprüft und für richtig befunden. Dem Kassierer wurde von der Versammlung einstimmig Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl wurde der alte Vorstand per Akklamation wiedergewählt: Kollege Daly als 1. Vorsitzender, Kollege Rüßheimer als Kassierer, Kollege Siegfried als Schriftführer. Als Revisoren wurden die Kollegen Rißel und Kunz gewählt. Unter Punkt „Verschiedenes" wurden noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt.

Jahresbericht der Zahlstelle Pirmasens.

Die diesjährige Generalversammlung fand am 21. Januar statt. Sie war von 67 Delegierten der Stadt und von 36 Delegierten vom Land besucht.

Kollege Ludwig erstattete den Geschäftsbericht. Er führte dabei kurz zusammengefaßt ungefähr folgendes aus:

Neben der hartnäckigen und tief wirkenden Krise haben sich im vergangenen Jahr auch die zahlreichen Wahlen infolge der damit zusammenhängenden politischen Verwirrung und Demagogie auf das Gewerkschaftsleben nachteilig ausgewirkt.

Der freche Vorstoß der politischen Reaktion hat stark an dem sozialpolitischen Gebäude gerüttelt und für die Arbeiterschaft erhebliche Verschlechterungen bewirkt. Wir standen auf der ganzen Linie im Abwehrkampf. Die Angriffslust der Reaktion machte sich fühlbar bis in den letzten und kleinsten Betrieb. Aber es hat sich herausgestellt, daß es auch in der schwersten Krise eine Grenze gibt, an der auch die geduldigsten Arbeiter zum Widerstand übergehen.

So konnten verschiedene Lohnsenkungsversuche, teilweise sogar durch Arbeitsniederlegungen, abgewehrt werden. Eine Lohnsenkung auf Grund der berüchtigten Ankurbelungsverordnung der Regierung von Papen ist nur aus einem Betrieb bekannt geworden. Die meisten Fabrikanten, besonders die großen,

(Fortsetzung nächste Seite.)

Für die Gewerkschaftsjugend

Die Arbeitsdienstpflicht erneut im Reichstag abgelehnt.

Graßmann vertritt den Standpunkt der Gewerkschaften.

Am 17. Januar hat der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags sich mit den Fragen des Arbeitsdienstes beschäftigt. Reichsarbeitsminister Stirup gab ein Bild von der Entwicklung des Freiwilligen Arbeitsdienstes und ging auf die von einem nationalsozialistischen Antrag geforderte Arbeitsdienstpflicht ein. Die auf Grund der bisherigen Erfahrungen bereits überschwere finanziellen Anforderungen bei der Durchführung des Arbeitsdienstes — 1000 RM pro Jahr und Beschäftigten — machen die Einführung der Arbeitsdienstpflicht unmöglich.

Der stellvertretende Vorsitzende des ADGB. Graßmann begründete ausführlich den gewerkschaftlichen Standpunkt. Die Praxis des Freiwilligen Arbeitsdienstes hat bisher gezeigt, daß mit der zunehmenden Ausdehnung des ARD. der Begriff der „zusätzlichen Arbeit" immer problematischer wird. Wurde aus dem ARD. die Arbeitsdienstpflicht gemacht werden, also eine Zwangseinrichtung mit erheblich mehr Beschäftigten als heute im FAD., so würde ganzen Berufsgruppen, wie den Tiefbau-, Straßen- und Waldarbeitern, ihre heute schon sehr eingeengte Existenzgrundlage völlig genommen werden. Nach nur zu berechtigtem Zögern haben die freien Gewerkschaften sich auch positiv zum Freiwilligen Arbeitsdienst eingestellt. Durch ihre Beteiligung werden sie politischen Mißbrauchen und den unzweifelhaft vorliegenden Gefahren der Stadtung des normalen Arbeitsmarktes entgegenwirken. Keine Unklarheit darf darüber bleiben, daß eine Ausweitung des FAD. auf Kosten der von den Gewerkschaften geforderten öffentlichen Arbeitsbeschaffung ihren scharfsten Widerstand finden wird. Die Freiwilligkeit muß für die Teilnehmer am FAD. uneingeschränkt erhalten bleiben.

Die hier und da von Gemeinden versuchte Anwendung von Druck auf Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung ist ein unzulässiger Zwang. Wird die Freiwilligkeit nicht gewahrt, so fehlt die wichtigste Voraussetzung für die geringste pädagogische Wirksamkeit im Arbeitslager. Arbeit ist nur dann die Quelle innerer Bereicherung für den Menschen, wenn sie freiwillig ausgeübt wird; die Arbeitsdienstpflicht lehnen wir deshalb grundsätzlich ab.

Wie aus dem Bericht des Reichsarbeitsministers hervorging, sind in stattlichem Maße Mittel der Arbeitslosenversicherung für die Durchführung des FAD. verwendet worden. Graßmann wendete sich mit großer Entschiedenheit dagegen, daß aus den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung eine Einrichtung finanziert wird, für die das Reich mit seinen Mitteln verantwortlich ist.

Von kommunistischer Seite wurde mit sichtlichem Stolz auf die „Streiks" hingewiesen, die sie in verschiedenen Arbeitslagern hervorgerufen hätten. Unerwähnt ließen sie aber die Tatsache, daß junge kommunistische Arbeiter in großer Zahl in Arbeitslagern aller Art, auch ihrer scharfsten Gegner, gehen und sich hier völlig der Umgebung anpassen. Die Beteiligung der sozialistischen Organisationen hat nicht zuletzt gerade den Zweck, den in großer Not befindlichen jungen Erwerbslosen die Teilnahme am FAD. zu ermöglichen, ohne sie dem Gewissenszwang einer Beteiligung an Arbeitslagern weltanschaulicher Gegner zu unterwerfen. Die Arbeiterorganisationen werden sich deshalb unbeirrt durch Entstellungen und demagogische Angriffe wie dem des „Klassenverrats" bei ihrem Verhalten zum FAD. auch weiter von dem Gesichtspunkt leiten lassen, wie der erwerbslosen Jugend am besten geholfen werden kann.

Der nationalsozialistische Vorstoß nach Einführung der Arbeitsdienstpflicht gelang — wie die Abstimmung zeigte — völlig daneben: nur die Nazis stimmten für ihren Antrag, verlassen selbst von den mit ihnen in dieser Frage bisher immer übereinstimmenden Deutschnationalen. Bei Stimmenthaltung der Nazis und Kommunisten wurde dann ein Antrag angenommen, der von der Reichsregierung die Erhaltung des freiwilligen Charakters des Arbeitsdienstes verlangt und daß bei der Durchführung der Lager die Selbstverwaltung und Selbstgestaltung durch die Träger des Dienstes unter sozialer Berücksichtigung des Eigenlebens der Jugendverbände gesichert wird.

Recht im Betrieb
sichert dir der
Betriebsrat!
Sorge mit dafür, **daß ein Betriebsrat gewählt wird.**
Die Wahlen zu den Betriebsvertretungen stehen jetzt an!
Der freie Gewerkschafter wählt nur die freie Gewerkschaftsliste!

machten zur nicht den Versuch zu dieser unberechtigten Maßnahme.

Aeußerlich hat sich scheinbar am Beschäftigten- und Arbeitslosenstand nicht viel geändert. Wenn man aber die Zahlen näher ansieht, haben sich doch auffallende Veränderungen vollzogen. Leider fehlt eine genaue Produktionsstatistik, aus der man die Wirkungen der Leistungssteigerungen und der Technik ersehen könnte.

Aus der letzten Betriebs- und Beschäftigtenzählung ergeben sich 327 Betriebe mit 10 212 Beschäftigten in der Stadt (im Vorjahr 299 Betriebe mit 11 698 Beschäftigten), sowie 128 Betriebe mit 7392 Beschäftigten auf dem Land (im Vorjahr 142 Betriebe mit 7590 Beschäftigten). Zusammen also 455 Betriebe mit 17 544 Beschäftigten (im Vorjahr 441 Betriebe mit 19 288 Beschäftigten).

Arbeitsuchende haben wir im Bezirk insgesamt 7685, darunter aus der Schuhindustrie 3101 männliche, 1883 weibliche, zusammen 4984. Unterstützung beziehen 2513 männliche, 646 weibliche, zusammen 3159. Wohlfahrtsunterstützung beziehen 1562 männliche, 1023 weibliche, zusammen 2585. Darunter sind aus der Schuhindustrie 251 Jugendliche bis zu 25 Jahren, wobei aber diejenigen in der Gruppe von 18 bis 25 Jahren stark überwiegen. Die Zahl der Arbeitslosen unter 18 Jahren ist ganz minimal. Eine große Anzahl Arbeiter ist offenbar statistisch nicht erfaßt. Es handelt sich dabei um ältere Arbeiter, die sich nicht registrieren lassen, weil sie jede Stellensuche für aussichtslos halten, und um sogenannte Schwarzarbeiter, die nicht bei der Krankenkasse gemeldet sind. Der Kampf gegen Schwarzarbeit und untertarifliche Bezahlung wird von uns mit aller Energie geführt. Auch die Behörden werden in letzter Zeit etwas aktiver als früher und haben verschiedene Meister angeschoben. Eine völlige Beseitigung dieser unliebsamen Erscheinung ist durch die eigenartige Struktur unserer Industrie während der Krise nicht möglich.

Die Opankenproduktion hat sich als ein großer Unfug ausgewachsen. Unter Ausnutzung der Not hat man alle Dörfer überschwemmt und sogar Bauerstöchter und Geschäftsleute zu dieser mieserabel bezahlten Arbeit herangezogen. Unsere bisherigen Versuche, eine Entscheidung über die Bezahlung im Sinne des Tarifvertrages zu erhalten, sind mit sehr mäßigen Mitteln bekämpft worden. Eine von uns am Arbeitsgericht und an der RTK beantragte Entscheidung wurde durch Zahlung des vollen Klagebetrages verhindert. Damit ist aber der Anspruch auf Tariflohn freiwillig anerkannt.

Die Anerkennung der Stepperinnen hat uns zu einer energischen Gegenwehr veranlaßt. In unsere Steppereien auch während der Krise immer beschäftigt waren, müßte die Abwehr sehr leicht sein, wenn das Organisationsverhältnis ein besseres wäre. Die Heimarbeit macht eine völlige Erfassung für die Organisation sehr schwer. Die bereits erzielten Erfolge berechtigten jedoch zu der Hoffnung, daß auch bei den Steppereinnen bald normale tarifliche Verhältnisse durchzuführen sind.

Die Tätigkeit am Arbeitsgericht schließt mit 298 Klagen ab, von denen 27 noch unerledigt sind. 62 wurden durch Urteil erledigt, wovon 59 gewonnen, zwei teilweise gewonnen und eine abgewiesen wurden. Von den 131 durch Vergleich erledigten Klagen wurde für 14 der volle Betrag, für 88 50 bis 60 Prozent und für 29 weniger als 50 Prozent des eingeklagten Betrages erzielt. 48 Klagen wurden zurückgezogen, häufig unter wirtschaftlichem Druck. Es mußten 416 Termine wahrgenommen werden. In einem Termin wurden 170, in 2 60, in 3 Terminen 20, in 4 6, in 5 Terminen 3 Klagen erledigt. Eingeklagt waren 25 112,16 RM, erzielt wurden 16 061,78 RM. Die Klagegründe: 173 Lohnklagen, 115 Akkordzettel betreffend, 2 Ueberstundenzuschläge, 25 Kündigungsfristen, 7 Krankengeld, 11 Werkzeuge und Fundsachen, 4 Einspruchsklagen, 3 Berichtigung der Arbeitsbescheinigung, 2 zuviel abgezogene Sozialbeiträge, 1 ausgefallene Arbeitszeit.

Sehr viele Fälle wurden außergerichtlich erledigt, was in der Zahl von 71 Besuchen bei Fabrikanten zum Ausdruck kommt. Die rücksichtslose wirtschaftliche Abhängigkeit hat aber auch viele Arbeiter davon abgehalten, zu klagen. Wir erkennen an, daß ein Teil der Fabrikanten auf Reklamationen stets bereitwillig eingingen und den Vertrag erfüllte.

Am Spruchausschuß des Arbeitsamtes vertraten wir 288 Fälle, an den Spruchkammern 27. Erledigt wurden mit Erfolg 269 durch Vergleich 13, durch Zurücknahme 19 und gegen die Antragsteller 74. Wiederholt wurde Fälle wurden telefonisch oder durch Vorsprache erledigt.

Gesuche wurden 190 angefertigt an die verschiedensten Aemter und Stellen. Hinsichtlich der erteilten Auskünfte haben wir in der Woche nach Neujahr eine Registrierung vorgenommen und sind auf 100 gekommen. Wenn also diese verhältnismäßig ruhige Woche zugrunde gelegt wird, ergibt dies über 5000 Auskünfte im Jahr.

An 8 Fällen kam es zu Arbeitsniederlegungen, und zwar bei den Firmen Bäcke, Schlomer, Schmidt, Zemler und Wagner. Bei Schlomer und Schmidt wiederholt.

Sitzungen waren insgesamt 76, Versammlungen in Stadt und Land 176, darunter 88 Betriebsversammlungen und 14 Sitzungen und Versammlungen mit Betriebsräten. Die Mitgliederzahl war 9147 männliche und 2471 weibliche, zusammen 11 618.

Postsendungen hatten wir 2719, Ausgänge 1760 und 23 Zeitungen und Zeitschriften in 2297 Exemplaren. Zirkulare und Flugblätter einmal hinaus in 55 Fällen und 50 020 Exemplaren.

Die Inanspruchnahme unserer Ortsverwaltungsmitglieder in 51 Sitzungen, 13 Versammlungen und zahlreichen Agitationstouren beweist, daß Angestellte und Funktionäre eine unendliche Arbeitsfülle zu erledigen hatten.

Unsere als geschätzten eingartigen Verhältnisse, insbesondere die auf zahlreiche Orte verteilten noch zahlreicheren Betriebe erschweren die Arbeit und die Beaufsichtigung der Bezahlung tariflicher und gesetzlicher Verhältnisse. Die fortwährende Krise hat zu allerhand unzulässigen und für die Arbeiterschaft schädlichen Experimenten ermuntert. Auch der größte Eifer und der beste Wille werden gehemmt durch die verhältnismäßig geringe Zahl unorganisierbarer Arbeiter. Mit einer geschlossen organisierten Arbeiterschaft wäre auch unter wirtschaftlich ungünstigen Verhältnissen mehr zu erreichen. Es muß deshalb auch im neuen Jahr das Bestreben aller Kolleginnen sein, die noch Fernstehenden zu gewinnen und so die Organisation schlagkräftiger und die mühevolle Arbeit erfolgreicher zu gestalten.

Schluß folgt.

Mitteilungen.

Pirmasens.

Erfolgreicher Streik.

Die Firma Marx, Groß versuchte eine allgemeine Lohnkürzung bei den Akkordarbeitern durchzuführen. Als sie zwecks Einleitung eines Verständigungsversuchs vom Verband angerufen wurde, spielte sie die gekränkte Leberwurst und hängte das Hörrohr ein. Am nächsten Vormittag erschienen die Arbeiter nicht mehr im Betrieb und stellten Streikposten aus. Beim Arbeitsamt wurde die Sperre verhängt. Nach genau einer Woche war die Sache wieder beigelegt, die Arbeit wurde unter den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Einigkeit und Geschlossenheit führt immer zum Erfolg.

Ottmuth.

Etwas von der Deutschen Schuh A.-G. Bata.

Bata wollte Deutschland mit seinen Schuhen erobern, aber schließlich hat die Firma sich in dieser Hinsicht gründlich getäuscht. Die Deutschen sind eben nur Besseres gewohnt in Schuhen als wie sie Bata durchschnittlich auf den Markt bringt.

Die Firma hat bei der Regierung Stillegung ihres Betriebes in Ottmuth beantragt, um 200 Leute, nur Arbeiter, zu entlassen. Der Anlaß zu diesem Antrag soll darin liegen, daß das Wintergeschäft nicht so gut gegangen ist und es soll ein Lagerbestand von mehreren 100 000 Paaren vorhanden sein.

Es wurde bei den Verhandlungen vor der Behörde von dieser selbst wie von den Gewerkschaften der Firma geraten, vorerst Kurzarbeit einzuführen. Man einigte sich dahin, mit der gesamten Belegschaft an 4 Tagen je 9 Stunden (?!) zu arbeiten. Diese Kurzarbeit ist nun seit dem 16. Januar 1933 eingeführt. Auch will sich die Firma Bata auf Qualität umstellen. Sie scheint schlechte Erfahrung gemacht zu haben in Puncto Umsatz, besonders mit den einfacheren Artikeln.

Mannheim.

Wir fühlen uns veranlaßt, einem Schmierfinken, der unsere Organisation hier in der sogenannten „Arbeiterzeitung" der KPD. herunterreißt, etwas auf das vorlaute Maul zu schlagen. Unsere Generalversammlung gibt dem Schmierfinken Anlaß, an uns seine Wut über seine Einflußlosigkeit auszulassen. Unsere Zahlstelle wird verwaltet von Proletern, die alle ihr Brot bei Unternehmern verdienen müssen. Trotzdem wird von uns „als Gewerkschaftsbürokraten" gerede, es werden uns unlautere Momente unterschoben usw. Der Schmierfink ist uns bekannt, deshalb dürfen wir die Frage aufwerfen, wenn wir schon als „Bürokraten" angeredet werden: „Was gibt dann je jenen Bonzen und Bönzchen im Lager der KPD., in welche Rangstufe teilt der „Herr Berichterstatter" diese Leute ein?"

In seinem Haß gegen die Gewerkschaften begeht dieser Verräter an der Arbeiterclasse direkt Dienste im Interesse der Unternehmer. Gerade in dem Betrieb Herbst sind doch die Arbeitsbedingungen derart, daß wir aus Streitigkeiten mit der Firma nicht herauskommen. Der Schmierfink muß wissen, daß wir fortwährend in Diskussionen mit der Firma liegen. Wenn er trotzdem in dem Artikel in der „Arbeiterzeitung" die Organisation herunterreißt, so ist das weiter nichts als wie an den Unternehmer die Mitteilung gemacht, „du kannst ja in Zukunft noch viel schlimmer mit denen Arbeitern umspringen, denn von den Arbeitern hat du keinen Widerstand zu erwarten, die sind ja uneinig unter sich selbst". So gesellt sich zum Verrat die größte Lumperei. Ein Lump ist und bleibt, wer einem Unternehmer Material gegen seine eigene Klasse liefert.

Selbst die Aufforderung an unsere Kollegen, ihre Beiträge pünktlich zu bezahlen, damit im Falle eines Arbeitskampfes sie stärkere Unterstützung nicht verlieren, wird zum Anlaß einer Hetze genommen. Bei uns ist es allerdings nicht wie bei der RGO., wo ein Streik mit Bettelsuppen geführt wird, wo die Streikenden gleich zum Klassengegner geschickt werden, um für Unterstützung zu betteln.

Kolleginnen und Kollegen! Geht solchen „Helfern" denen ihr Handwerk nur Verrat an unserer Sache ist, die richtige Antwort und die besteht in der proletarischen Verachtung! Mit solchen Subjekten haben wir nichts gemein. Schließt euch restlos im Zentralverband der Schuhmacher zusammen, der einzigen großen Organisation in der Schuhindustrie!

Leonberg.

Das Jahr 1932 das als Krisenjahr seinen Vorgängern noch in den Schatten stellte, sind mit einem Fragezeichen an. Nach nationalsozialistischen Voraussagen sollte es das Jahr der „Entscheidung" werden, natürlich zugunsten der letzteren.

Innerhalb des Deutschen Reiches wurden eine Menge von Wahlen 1932 abgehalten, bei jeder Wahl versprach Hitler den Zeinen den Sieg. Heute ist es uns möglich, in dieser Frage einen Rückblick zu halten. Wenn man den ganzen erbärmlichen Verlauf dieses Jahres verfolgt, so kann man wohl sagen, das war ein schweres Jahr für die deutsche Arbeiterschaft, dieselbe hat sich gut geschlagen, aber die Entscheidung steht noch aus.

Es ist auf das Konto der Spaltung der Arbeiterbewegung zu setzen, daß der Kampf unentschieden geblieben ist. Die Arbeiterklasse wurde, wenn irgendwie einig wäre, imstande sein den Sieg zu erringen. Weil sie aber nicht einig ist, so muß sie sich mit der Aufgabe abfinden, wenigstens den vollen Sieg ihrer Feinde zu verhindern. Jedoch auch dieser Erfolg ist noch nicht endgültig gesichert.

Mit dem Regierungswechsel hat die gegenrevolutionäre Diktatur ihre Form gewechselt, ist aber nicht weniger gefährlich geworden. Mehr als je gehören alle proletarischen Arbeiter zusammen. Auch die Verhandlungen, die zur Zeit von dem vollständig verjagenden „Wirtschaftsankurbler" Papen mit Hitler usw. unter der Decke geführt werden, bedürfen der Aufmerksamkeit aller Arbeiter. Denn wenn der reiche Mann in Deutschland, Thyssen, zur Zeit mit dem Hitler verhandelt, so nur, um für die Schwerindustrie zu retten, was irgend möglich ist. Die Arbeiter, oder Arbeiterinnen, welchen über diesen Verrat Hitlers an der gesamten deutschen Arbeiterschaft die Augen nicht aufgehen, die ihm auch für die Zukunft nachlaufen, handeln verbrecherisch an der eigenen Klasse.

Nur wenn das neue Jahr für jedes Mitglied der Organisation in der freigewerkschaftlichen Bewegung zum Jahr der höchsten Aktivität, des höchsten Einsatzes aller Kräfte wird werden wir imstande sein, zu verhindern, daß die Entscheidung gegen uns fällt. Was der Tiefpunkt der Krise überschritten sein, entscheidend für die Arbeiterschaft ist allein die Frage: Wann ist es möglich die sechs Millionen Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß einzugliedern.

An der Arbeitszeitfrage ist genug bis jetzt verhandelt worden. Alles spricht dafür daß endlich an die Verkürzung der Arbeitszeit herangegangen wird. Ein unglaublicher Zustand ist es, wenn heute bei der Reichsbahn beinahe 400 000 Personen noch eine Arbeitszeit von weit über 50 Stunden haben, während Millionen Leute keine Arbeit finden. Nicht den Gewerkschaften zur Last fallen wollen die Arbeitslosen, sondern sie wollen Arbeit.

Von Papen weiter zu reden, ist ja nicht notwendig, nachdem dieser Mann mit seinem Plan 1 700 000 Arbeitslose unterzubringen, fürchterlich Schiffbruch gelitten hat. Denn sage und schreibe etwa 60 000 bis 70 000 Personen sind untersucht worden und das auch nur auf Kosten der übrigen Beschäftigten.

Die Kämpfe außer wie auch innerhalb des Berufs, wo sie sich als Lohnkämpfe äußerten, drückten auch der Vereinstätigkeit ihren Stempel auf. Sie haben unseren Funktionären, Betriebsräten und Ortsverwaltungsmitgliedern viele Arbeit gebracht. Diese Arbeit wurde gern und willig geleistet.

Versammlungen wurden mit der Hauptversammlung sechs abgehalten, Sitzungen der Ortsverwaltung ebenfalls sechs.

An der vom Bezirk einberufenen Bezirkskonferenz haben wir uns beteiligt, jedoch von einer Aufstellung eines Kandidaten für den Verbandstag Abstand genommen, um auch anderen Zahlstellen einmal die Möglichkeit zu geben, auf dem Verbandstag mitzuberaten. Der Verbandstag hat ja in der Frage der Beitragszahlung wesentliche Erleichterungen beschlossen, und sind jetzt die Beiträge der Arbeitszeit entsprechend zu leisten, so daß dem entsprechenden dringenden Wünsche unserer Mitglieder vollständig Rechnung getragen wurde.

Am 6. August konnte unsere Zahlstelle das 25jährige Jubiläum feiern, über welche Veranstaltung seinerzeit im „Schuhmacher" bereits berichtet wurde.

Bei der Firma Baumlen ist einer Reihe von Beschäftigten gekündigt worden. Bei einigen ist es dem Betriebsrat gelungen, die Kündigungen durch Verhandlungen wieder rückgängig zu machen. An einem Falle wurde mit Erfolg das Arbeitsgericht angerufen. Da der kleine Parteiapparat bei diesem Betrieb zur Wirtschaftlichkeit hochringt, ist zu bezweifeln. Die Ortsverwaltung hat hier den Wunsch auszusprechen, daß unsere Mitglieder in diesem Betrieb etwas mehr Energie zeigen möchten, da den Betriebsräten nicht gerade machen lassen sollen, was der eine tut auch hält. Die Arbeitszeit war hier längere Zeit nur ein Tag, auch mußte die Belegschaft einige Male aussetzen, gegen Schluß des Jahres wurden bis drei Tage in der Woche gearbeitet, jedoch nicht regelmäßig.

Auch die Firma G. Schmalzried hat das ganze Jahr hindurch pro Woche nur für 2 bis 3 Tage Arbeit gehabt. Obwohl gesagt werden kann, daß diese Firma sich alle Mühe gibt, um den Betrieb aufrechtzuerhalten, geht es auch hier schwer, eine längere Arbeitszeit zu erreichen. Hoffen wir, daß durch den Aufschwung der Wirtschaft hier eine Besserung eintreten möge, was wir im Interesse unserer dortigen Mitglieder wünschen. Einen schweren Verlust haben wir durch das Hinscheiden unseres lieben Kollegen Karl Haffner in diesem Betrieb erlitten; wir wollen hoffen und wünschen, daß einige jüngere Kollegen in diesem Betriebe sich der Organisation annehmen, sowie der sonstigen Betriebsverhältnisse. „Mitarbeiter an die Front!" muß es hier heißen.

Ein in diesem Frühjahr stattfindenden **Betriebsratswahlen** wird die Ortsverwaltung größte Beachtung schenken.

Der Kollege Widmaier konnte einen vierwöchigen Kursus an der Bundesschule des ADGB. in Bernau absolvieren.

Schluß folgt.

Frankfurt a. M.

Der Zentralverband der Schuhmacher, Bezirkszahlstelle Frankfurt a. M.-Offenbach, hielt dieser Tage im „Treppchen" in Oberrad seine Jahresversammlung ab. Anwesend waren 37 Vertreter, darunter 12 weibliche.

Der Geschäftsbericht, den Kollege Schulz gab, ließ die vielseitige und anstrengende Tätigkeit der Verwaltung im verflossenen Jahr klar erkennen. Stillhaltungsverhandlungen, Verhandlungen mit Fabrikanten und Innungsmeistern, Vertretungen vor den Arbeitsgerichten und Spruchausschüssen der Arbeitsämter, Mitgliederversammlungen, Funktionär- und Vorstandssitzungen wechselten einander ab wie am laufenden Band.

Festgestellt wurde, daß von der Notverordnung vom 5. September 1932 bezüglich der Lohnkürzung nur in einem Betrieb Gebrauch gemacht wurde, nämlich im Betrieb B. Schulenklopper, Frankfurt a. M. Dem Gewerkschaftsvertreter gelang es, den vorgesehenen Abzug wenigstens zu verringern. In allen anderen Schuhfabriken in Frankfurt-Offenbach unterblieb die Lohnkürzung. Wirklichkeitsfremd war hier die Tatsache, daß in vielen Orten, wie Bischofsheim, Schmitten usw. unsere Mitglieder den Kampf gegen den dort vorgenommenen Lohnabbau erfolgreich aufgenommen hatten und die Belegschaften der hiesigen Schuhfabriken bereit und gewillt waren, ebenfalls sofort in den Kampf einzutreten. Die Schuhfabrikanten kannten sehr wohl die Kampfstimmung ihrer Arbeiterschaft; sie ließen daher die Finger von den Löhnen und begnügten sich mit der Einstellungsprämie.

Der im Oktober 1932 abgeschlossene Reichstarifvertrag wurde Ende des Jahres durch Vermittlung des Reichsarbeitsministers wieder erneuert. Wenn auch einige Verschlechterungen in Kauf genommen werden mußten, so wurden aber doch die Hauptangriffe der Unternehmer auf den RTV. abgewehrt. Vor allem konnte der zuletzt wieder geplante Tariflohnabbau verhindert werden.

Kollege Schulz erklärte, daß die angeblichen Erfolge der RGO. im Bezirk J. & C. A. Schneider nur in der Phantasie dieser Leute bestande und die diesbezüglichen Berichte in der „Arbeiter-Zeitung" entsprechend zu berichten seien.

Im weiteren wurde über den bei der Firma Schuhfabrik Münster A.G. ausgebrochenen Streik in der Schäfteabteilung berichtet.

Den Kassenbericht erstattete Kollege Wenzel. Bemerkenswert ist, daß im verflossenen Jahr in der hiesigen Zahlstelle für Unterstützungen aller Art 34 884,49 RM verausgabt wurden. Dieser Betrag reicht zwar zur Ankurbelung der Wirtschaft sicher nicht aus, aber in den Familien der unterstützten Mitglieder konnte die Not gelindert werden. Die Weihnachtsbeihilfe in Höhe von 4 bis 12 Mark bezogen 798 Mitglieder. Für Mitglieder, die an Kampfmaßnahmen beteiligt waren, wurden 503,20 RM ausgezahlt.

Es ist notwendig, **daß die in Arbeit stehenden Mitglieder ihre Beiträge regelmäßig entrichten**, um einerseits die stark in Anspruch genommene Kasse zu stärken und andererseits das Anrecht auf Unterstützung hochzuhalten.

Die Jahreseinnahmen und -ausgaben der Hauptkasse schließen ab mit 69 310,06 RM, die der Bezirkskasse mit 23 279,92 RM.

Die Mitgliederzahl beträgt 2060. Davon sind zur Zeit 1096 ohne Arbeitsstelle.

Die Diskussion, in die auch der anwesende Bezirkssekretär Kollege Kuhn einwirkt, war sachlich und hatte Aspekte. Verschiedene vorgebrachte Wünsche sollen nach Möglichkeit Berücksichtigung finden. Die Wahl zur Ortsverwaltung ergab keine wesentliche Veränderung.

Briefkasten der Redaktion.

W. W. in A.: Die Idee ist an sich nicht übel. Der Sinn des Gedichts würde aber wohl ohne besondere Erläuterung nicht jedem verständlich sein.

An die Schriftführer in den Zahlstellen. Infolge außergewöhnlichen Stoffandrangs, um ein Jahres- und Generalversammlungsberichte — mußten aus Raummangel eine ganze Reihe Einsendungen zunächst zurückgestellt werden. Es wird sich für die Schriftführer, die derartige Berichte einsenden, empfehlen, sich möglichst kurz zu fassen, d. h. sich im allgemeinen auf das Wesentlichste zu beschränken.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Vom 28. Jan. bis 4. Febr. ist der 5. Beitrag fällig.

Druck: Atlantische Verlagsanstalt u. Druckerei, G. m. b. H., Nürnberg. Redaktion: Otto Fröhlich, Nürnberg 1, Adlerstraße. — Berlag: Zentralverband der Schuhmacher (A. Simon, Nürnberg).

Zentralverband der Schuhmacher,

Zahlstelle Nürnberg-Fürth

Einladung

Mittwoch, den 15. Februar, abends 7.30 Uhr, im Saale der „Bäckerberberge", Schlachthofstraße

Jahresversammlung

Tagesordnung: 1. Jahres- und Kassenbericht
2. Bericht der Ortsverwaltung
3. Anträge.

Hierzu sind sämtliche Mitglieder von Nürnberg und Fürth freundlichst eingeladen. Gäste haben keinen Zutritt. Als Ausweis dient das Mitgliedsbuch bzw. die Karte.

Die Ortsverwaltung.